

Kein Glyphosat, kein Genmais: Mexiko will Souveränität bei der Ernährung

10 Okt. 2022 06:30 Uhr

Mexiko versucht, die globale Nahrungsmittel- und Inflationskrise mit einem Selbstversorgungsprogramm zu lindern. Bis 2030 soll das lateinamerikanische Land seine wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte vollständig anbauen.



Quelle: Gettyimages.ru © picture alliance / Kontributor

Eine Fahne mit der Aufschrift "Monsanto raus!" und "Karneval des Mais" während einer Protestaktion gegen Monsanto in Mexico Stadt, Mexico.

Von Maria Müller

Im vergangenen Mai startete der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador angesichts einer Inflation von fast acht Prozent die Kampagne "Produzieren, um zu essen". Denn die weltweiten Ernährungsprobleme aufgrund des Konflikts in der Ukraine und die westlichen Sanktionen gegen Russland in Bezug auf den Export von Getreide wirken sich auch auf die Länder Lateinamerikas aus. López Obrador betonte:

"Mexiko ist eines der Länder, die am wenigsten unter der Inflation leiden. Warum? Weil wir die [Raffinerien](#) und die [Landwirtschaft](#) unterstützen, und das ist Teil dieses Plans."

Die Maßnahmen, so behauptete er, würden dazu beitragen, dem globalen Inflationsphänomen entgegenzuwirken, und langfristig für die Nation von Vorteil sein. Der Präsident sagte:

"Diese Arbeit gewinnt in einer Zeit an Relevanz, in der globale geopolitische Konflikte zu einem Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise geführt haben."

Mexiko will seine Souveränität im Bereich der Ernährung sichern

Der Präsident wies auf die staatlich geförderte Eigenproduktion von Agrarchemikalien hin, um die Ernährungssouveränität zu erreichen. Er betonte, dass deren kostenlose Verteilung an die kleinen und mittleren Agrarbetriebe zwei Millionen Bauern zugutekommt.

Neue [Fabriken für Düngemittel](#) entstanden in den Provinzen Baja California, Michoacán und Veracruz. Dazu kommt die Entwicklung von natürlichen Herbiziden und Insektiziden auf den Grundlagen der uralten indianischen Techniken. Der mexikanische Nationalrat für Wissenschaft und Technologie ([Conacyt](#)) unterstützt 62 Forschungsprojekte, die bereits 22 Bioherbizide identifiziert haben. Mithilfe solcher Erneuerungen in der Landwirtschaft erreichte man bereits eine Produktionssteigerung von 25 Prozent auf den gleichen Agrarflächen. Außerdem sei man dabei, Parzellen an Bauern zu übergeben.

Mexiko will gentechnisch veränderten Mais abschaffen

Im Rahmen des Programms zur Selbstversorgung in der Landwirtschaft beabsichtigt Mexiko, die Verwendung und Einfuhr von Glyphosat und gentechnisch verändertem Mais bis 2024 zu beenden. Die Behörden fordern, dass das Land dann Glyphosat und transgenen Mais ersetzen kann. Im Dezember 2020 hatte Mexikos Präsident López Obrador einen entsprechenden [Regierungserlass](#) verabschiedet.

Dadurch soll ein "nachhaltiger und kulturell angemessener" Anbau geschützt und Arbeitsmethoden gefördert werden, die "für die menschliche Gesundheit, die [biokulturelle Vielfalt](#) des Landes und die Umwelt sicher sind". Mais ist die wichtigste Kulturpflanze Mexikos, er macht insgesamt 41 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion aus, rund 60 Prozent der Maisproduzenten sind kleinbäuerliche Familienbetriebe.

Laut der Organisation "Ohne Mais kein Land" gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass transgener Mais keine höheren Erträge als Hybridmais bringt. Die Behauptung, dass der Genmais für seinen Anbau weniger Wasser verbrauchen würde, sei falsch. Hingegen benötige er eine größere Menge an Düngemitteln und Agrochemikalien wie Glyphosat.

Die Gegenreaktion der Agrarkonzerne

Am 26. September forderte die Nationale Vereinigung der Maiszüchter der USA das Weiße Haus auf, ein Streitbeilegungsverfahren im Rahmen des US-kanadisch-mexikanischen [Freihandelsabkommens \(USMCA\)](#) wegen der Beschränkungen Mexikos von Glyphosat und gentechnisch verändertem Mais einzuleiten.

Nach Angaben der US-Organisation habe Mexiko ohne wissenschaftliche Grundlage beschlossen, den Handel mit diesen beiden Produkten einzuschränken. Das wirke sich negativ auf die Bilanz der US-Konzerne aus. Gelber Mais ist nach den neuesten Daten des mexikanischen Wirtschaftsministeriums mit einem Wert von 2.841.627.000 Dollar einer der größten Importe Mexikos, wobei 92,7 Prozent davon aus den USA stammen.

Eine am 3. Oktober vom Nationalen Landwirtschaftsrat Mexikos veröffentlichte Studie zeigt, dass die US-Wirtschaft durch das Präsidialdekret über einen Zeitraum von zehn Jahren 73,89 Milliarden Dollar an Produktion verlieren würde.

Ein Gericht in Mexiko-Stadt erteilte eine einstweilige Verfügung gegen den Präsidialerlass von López Obrador, woraufhin das mexikanische Umweltministerium am 15. Juli 2022 erklärte:

"Mit irreführenden Argumenten versucht Monsanto, das in der mexikanischen Verfassung verankerte Vorsorgeprinzip zu missachten."

Das Vorsorgeprinzip wurde 1992 in der "Rio-Erklärung" der Vereinten Nationen verankert, die Mexiko unterzeichnet hat. Der Ansatz weist darauf hin, dass ein Land eine politische Entscheidung auf der Grundlage der möglichen negativen Auswirkungen treffen kann, die eine Praxis auf die Umwelt haben kann.

Glyphosat, ein Gift für die Gesundheit von Mensch und Umwelt

Neuere Untersuchungen bestätigen, dass das Pflanzengift Glyphosat, das bei der Produktion von transgenem Mais verwendet wird, die Gesundheit von Menschen und Umwelt beeinträchtigt.

Eine im Januar 2022 von Forschern der [University of British Columbia](#) veröffentlichte Studie ergab beispielsweise, dass Glyphosat und andere toxische Substanzen die Mikrobiota von Insekten und Tieren ernsthaft beeinträchtigen und zudem die Anzahl der notwendigen Mikroben im Boden und in der Umwelt reduzieren.

Eine weitere Entdeckung der [Universität Turku in Finnland](#) ergab, dass die von Glyphosat im Boden hinterlassenen Rückstände die Phytohormone von Pflanzen verändern. Das wirkt sich auf die Widerstandsfähigkeit von Pflanzen, die Gesundheit des Bodens und die Artenvielfalt von Insekten in der Umgebung aus.

Die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat im März 2015 das Glyphosat als "wahrscheinlich krebserzeugend für den Menschen" eingestuft. Monsanto sieht sich Entschädigungsforderungen in Millionenhöhe von Opfern dieser Chemikalien gegenüber.